

Abschied von der heiligen Dreigliedrigkeit

Von Mariam Lau (Mitarbeit von Thomas Vitzthum)

Erst Familienbild und Atomkraft, jetzt Bildungspolitik: Die Union steht vor der nächsten Revision traditioneller Parteipositionen

Berlin - Einmal im Jahr, kurz nach dem Buß- und Bettag, trifft sich der "Wartburg-Kreis" von Unionsbildungspolitikern im Hotel "Kaiserhof" von Eisenach. Josef Kraus, Vorsitzender des Lehrerverbandes (DL) und CSU-Mitglied, nutzt dieses Forum wie auch viele andere landauf, landab, um davor zu warnen, dass die CDU bildungspolitisch "ihre Seele verkauft". Es lässt ihm keine Ruhe, dass von zehn Ministerpräsidenten der Union nur noch vier einen "eigenen", also der Union angehörenden Kultusminister haben. Was in Hamburg und im Saarland unter der Formel "Längeres gemeinsames Lernen" passiert, ist für Kraus und seine Mitstreiter die völlige Preisgabe dessen, wofür die Union stehen sollte: "Ein begabungs- und leistungsorientiertes, vielfältig gegliedertes Schulwesen, gegen die Einheitsschule, gegen eine Inflation an Hochschulzugängen." Kraus, der 1995 unter Manfred Kanther in Hessen fast Kultusminister geworden wäre, sieht in der Merkel-CDU einen gewissen "Sozialpopulismus" am Werk. "Man ist wider besseres Wissen der Mär von der 'Bildungsgerechtigkeit' aufgesessen", sagt er der WELT. Kraus glaubt auch, die Union sei da oft "den Einflüsterungen aus der Wirtschaft" gefolgt. So habe sich sein früherer Ministerpräsident Edmund Stoiber eindeutig vom Unternehmer Randolph Rodenstock zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums überreden lassen. "In der Wirtschaft glauben sie eben, je jünger sie die Absolventen bekommen, desto formbarer sind sie. Auf diese Weise wird das Gymnasium - die erfolgreichste Schulform, die wir haben - von oben und von unten entwertet. Ein Bonsai-Gymnasium im Beschleunigungswahn!" Kraus findet, die CDU traue sich zu wenig, von einer Leistungs- und Führungselite zu sprechen, von der er sich die Bewahrung einer Leitkultur verspricht. So sehen es auch eher reformfreundige CDU-Politiker wie die Berliner Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters**: "Wir stehen auch für die Starken ein! Das hat etwas mit Bekenntnissen zu tun. In der höheren Bildung geht es ja auch um Herzensbildung, um Ideale." Die Ausrufung der Bildungsrepublik durch die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel hält Josef Kraus schlicht für "Schaufenster-Politik". Er hat dem hessischen Fraktionsvorsitzenden Christean Wagner einen "sehr herzlichen Brief geschrieben", als dieser die Kanzlerin wegen mangelnder konservativer Profilierung kritisiert hatte.

Ist das dreigliedrige Schulsystem - nach der Kernenergie, der "Hausfrauenehe" oder der klassischen Ausländerpolitik - eine weitere aufgegebene Kernüberzeugung der CDU, wie die einen sagen? Oder ist der Abschied eine Modernisierung, wie es andere nennen?

Annette Schavan (CDU), die Bundesbildungsministerin mit föderaler Vergangenheit in Baden-Württemberg, ebnet den Weg zur weicheren Linie. "Worauf es jetzt ankommt, ist, dass die Strukturen - welche auch immer - durchlässig sind. Wir müssen über Inhalte reden. Stattdessen beißen sich alle an der Frage der Dreigliedrigkeit fest." Eine längere Grundschule, wie es jetzt beispielsweise in der saarländischen Jamaika-Koalition angestrebt wird - das sei "kein Systemwechsel, sondern ein schlechter Kompromiss", meint Schavan. Hamburg, das Saarland - das werde "nicht stilbildend sein". Wer sich allerdings die bildungspolitische Landkarte ansieht, stellt fest, dass es die klassische Dreigliedrigkeit kaum mehr gibt; der Trend geht zum "Zwei-Säulen-Modell" mit Gymnasium und einer weiteren Schulart, in der alle Abschlüsse möglich sind, auch das Abitur.

Wenn man Annette Schavan so reden hört, merkt man, dass die Union auf Bundesebene ihre konzeptionelle Energie tatsächlich eher in die höhere Bildung gesteckt hat. Was in den Hauptschulen passiert und dass pro Jahr etwa 200 000 Schulabgänger nicht wirklich ausbildungsfähig sind, hat in der Schulphilosophie der CDU bislang noch keine so große Rolle gespielt. In den Ländern, vor allem aus den Kommunen, wächst nun angesichts der demografischen Entwicklung aber der Druck, auch an der beruflichen Bildung zu feilen. Immer mehr Kommunen legen Haupt- und Realschulen zusammen, um ihre Standorte zu erhalten. "Ich beobachte mit großer Sorge, dass meine Partei das Kultusressort leichtfertig aus der Hand gibt", sagt Sachsens Kultusminister Roland Wöllner. Aber in Sachsen gab es, wie in den anderen neuen Bundesländern, traditionell ohnehin keine Hauptschule; dort gibt es nun neben dem Gymnasium die Mittelschule, die von der 7. Klasse nach Leistung differenziert.

CDU-Generalsekretär Herrmann Gröhe, Vater von vier Kindern, will vor allem hier keine weitere Kampfzone eröffnen, davon hat die Koalition schon reichlich. "Die großstädtische Situation, beispielsweise in Hamburg, lässt andere Kooperationen zwischen Schulformen zu, als dies in ländlichen Regionen möglich ist", so Gröhe gegenüber der WELT. "Wer Föderalismus will - und ich will ihn -, der muss akzeptieren, dass die Länder nach ihren Bedürfnissen vor Ort entscheiden." Für ihn, sagt der Generalsekretär, sind in der Bildungspolitik drei Dinge entscheidend: "Wir wollen individuelle Förderung und keine Gleichmacherei durch Niveauabsenkung. Wir bekennen uns zur Eliteförderung, zur gymnasialen Bildung. Und drittens: Niemand darf abgehängt werden." Auch für Gröhe ist, wie für Schavan oder Grütters, die "Durchlässigkeit" das Zauberwort. Er räumt ein, dass es da in der Vergangenheit Probleme gab. "Da müssen wir besser werden", so Gröhe. "Dann ist auch eine Weichenstellung nach der 4. Klasse denkbar." Die CDU besteht auch, anders als SPD und Linke, auf der Mitverantwortung der Eltern. "Wenn nötig, müssen wir die Eltern dabei unterstützen, diese auch wahrzunehmen. Kinder dürfen aber nicht darunter leiden, wenn ihre Eltern an dieser Verantwortung scheitern."

Der Bundestagsabgeordnete Marcus Weinberg ist Lehrer im Problembezirk Hamburg Wilhelmsburg, wohnt aber an der Elbchaussee und sitzt für die CDU im Bildungspolitischen Ausschuss. Seine Nachbarn, klassische CDU-Wählerschaft, haben nachts seine Plakate abgerissen - so heftig waren die Affekte gegen das längere gemeinsame Lernen. "Ich bin überzeugt von der Forderung", meint Weinberg. "Aber es zerreißt uns."

Erschienen: Die Welt, 20. Februar 2010